Objektive Nachrichten - Revolutionäre Kommentare

Nr. 106 | Januar 2026

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Monatlich gedruckt & täglich unter: perspektive-online.net

Widerstand gegen den Reformmarathon

Martin Rulsch, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2025-05-05_Unterzeichnung_des_Koalitionsvertrages_der_21._Wahlperiode_des_Bundestages_(Martin_Rulsch)_072.jpg), https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode

Die Regierenden kündigen weitere Reformen an. Das heißt nichts anderes, als dass sich die Kapitalist:innen den Sozialstaat nicht mehr leisten wollen. Dagegen gilt es sich gemeinsam als Arbeiter:innenklasse zu wehren. - Ein Kommentar von Paul Gerber.

„Jeder wird spüren, dass wir sparen", sagte Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) im Dezember bei Markus Lanz. An anderer Stelle hatte er davon gesprochen, dass ein „Marathon der Reformen" notwendig sei, weit über seine Regierungszeit hinaus.

Damit bläst der SPD-Politiker und Vizekanzler jedoch nur in ein Horn, das wohl schon ziemlich feucht ist, wenn man bedenkt, wie viele andere zuvor schon reingetutet hatten, allen voran Bundeskanzler Merz. Der hatte im August behauptet: „Wir können uns dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten."

Warum wird diese Diskussion momentan derart von den Regierenden vorangetrieben? Und was bedeutet das für uns?

Ein Reformmarathon für Banken und Konzerne

Worum geht es nun bei der Diskussion über eine angeblich dringend notwendige Reformkampagne im Staatshaushalt? Um diese Frage zu beantworten, sollte man sich zuerst klarmachen, was der Staatshaushalt im Kapitalismus eigentlich ist.

Klar ist, dass alle Mittel, die in dieser Gesellschaft verteilt werden können, zuvor von den Arbeiter:innen und Angestellten und zu einem Teil von kleinen Selbstständigen produziert werden. Verteilt werden sie zum Teil direkt so, dass sich die Kapitalist:innen diesen neu geschaffenen Reichtum in Form von Dividenden, Bonuszahlungen oder Gewinnabschöpfungen selbst unter den Nagel reißen. Ein anderer Teil bleibt bei uns, den Ausgebeuteten, den „einfachen Leuten", zum Beispiel als Lohn. Aber ein dritter Teil wird über den Umweg des Staatshaushalts weiterverteilt und dieser Teil ist in Deutschland ziemlich groß. Gefüllt wird der Staatshaushalt hauptsächlich durch Steuern, und Gebühren. Hinzu kommen die Sozialversicherungskassen.

Weiter gegen Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung

Der bundesweite Schulstreik gegen das neue Wehrdienstgesetz im Dezember war ein erster Anfang: Ein wichtiger Schritt, der jetzt in langfristige Organisation gegen alle Angriffe auf unsere Klasse übergehen muss. > **Seite 3**

Massenüberwachung in der EU

Entschlüsselt, gesammelt und ausgewertet – Auf EU-Ebene und in den Nationalstaaten verdichten sich die Vernetzungen, während Videoüberwachung zunehmend mit polizeilichen Datenbanken verknüpft wird. > **Seite 6**

Südamerika: Das Scheitern der Reformregierungen

Mehrere Regierungen mit sozialistischem Anspruch übernahmen in den 2000ern in Lateinamerika die Macht. Nachdem sie die Lebensbedingungen der Bevölkerung erst verbesserten, folgte später der Niedergang. Welche Lehren können wir daraus ziehen? > **Seite 7**

Allianz von Trump und Big-Tech-Konzernen

Das Bündnis zwischen der MAGA-Rechten und Big Tech hat massive Auswirkungen auf den Staatsumbau in den USA, auf die Meinungsfreiheit international und auf die Stärkung internationaler faschistischer Netzwerke. > **Seite 8**

„Unser Kampf hat gerade erst begonnen"

Rechte und faschistische Kräfte werden weiter stärker. Gleichzeitig formiert sich Widerstand dagegen, zum Beispiel am 29. November in Gießen, als zehntausende Menschen gegen die Neugründung der AfD-Jugendorganisation auf der Straße waren. Eine Bewegung, die in Einheit und Solidarität gegen den Faschismus zusammensteht, kann auch durch Repressionen nicht gebrochen werden. Um diese Bewegung weiter aufzubauen erfordert es, dass mehr Menschen, die nicht einfach zusehen wollen, wie Faschist:innen in Deutschland wieder stärker werden, sich organisieren und aktiv dazu beitragen, das zu verhindern. > **Seiten 4-5**

Doch auch wenn er durch unsere Arbeit überhaupt gefüllt wird, ist der Staatshaushalt in diesem System nicht einfach „unser Geld“. Genau wie der Staat selbst ist er leider nur laut Grundgesetz dem Allgemeinwohl verpflichtet, wird aber faktisch über Lobbyist:innen, Korruption und unzählige andere Methoden von der Kapitalist:innenklasse kontrolliert.

Der Staatshaushalt ist also ein gemeinsames Budget unserer Ausbeuter:innen. Es wird so eingesetzt, dass möglichst günstige und stabile Bedingungen für das Kapital entstehen, damit es weiter wachsen kann.

Dazu gehört aber auch die direkte Umverteilung von Reichtum in ihre Konzernkassen, zum Beispiel in Form von Subventionen, Staatsbeteiligungen oder Steuervergünstigungen. Ein neun Milliarden Euro „Rettungspaket“ für die Lufthansa oder der Industriestrompreis sind nur einige bekannte Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Insgesamt hat der Staat auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene im Jahr 2024 Finanzhilfen in Form von 285 Milliarden an Unternehmen bewilligt.

Wenn nun also der Bundeskanzler verkündet, dass „wir“ uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können, meint er damit im Grunde genommen, dass sich die Kapitalist:innen den Sozialstaat nicht mehr leisten wollen.

Rente, Bürgergeld oder das Gesundheitssystem sind aus Sicht des Kapitalismus dazu da, den „sozialen Frieden“ zwischen den Klassen zu sichern. Bei der ganzen Diskussion geht es nun darum, dass diese Aspekte eingespart werden sollen, um das Geld stattdessen in Form von weiteren Subventionen an die Konzerne weiterzureichen und die aktuellen Kriegsvorbereitungen zu finanzieren.

Dabei wird vom Ausbildungsangebot an Universitäten über das Rentenalter, das Bürgergeld bis hin zu Kunst und Kultur auf Kommunalebene so ziemlich alles in Frage gestellt. Zum Teil haben die Kürzungsmaßnahmen auf diesen Ebenen auch schon längst begonnen. Nur höhere Steuern für Kapitalist:innen sucht man bei den bisher diskutierten Maßnahmen vergeblich.

Nicht spalten lassen, sondern gemeinsam wehren!

Der Klassencharakter der angekündigten Maßnahmen ist also bei genauerer Betrachtung sehr deutlich. Es handelt sich dabei um nichts anderes als eine langfristige Kampagne, um den Staat noch besser auf die aktuellen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedürfnisse der Ausbeuter:innen in diesem Land auszurichten.

Gleichzeitig ist aber die ganze Art, wie diese Reformen von der schwarz-roten Bundesregierung gerechtfertigt werden, darauf ausgelegt, genau diese Tatsache zu verschleiern. Stattdessen wird jeder einzelne Vorstoß gegen den Sozialstaat mit falschen Gegensätzen gerechtfertigt: Jung gegen alt, Arbeitslose gegen Arbeitende, Nicht-Deutsche gegen Deutsche und so weiter.

Wenn wir diesen Angriffen nicht hilflos gegenüberstehen wollen, besteht ein erster notwendiger Schritt darin, uns genau das bewusst zu machen.

Dass das Rentensystem wegen einer alternden Gesellschaft nicht zukunftsfähig sei, wird zum Beispiel als Tatsache hingestellt, die in der Diskussion meistens unhinterfragt übernommen wird. Schnell rückt dann ins Zentrum, ob eher bei den Rentner:innen gekürzt werden soll oder, ob man die „Jungen“ mit noch höheren Rentenbeiträgen zur Kasse bitten will. Vergessen wird aber fast immer, dass auch die Rente aus unseren Arbeitslöhnen finanziert wird, höhere Löhne bedeuten zugleich höhere Rente und andersherum. Auch hier handelt es sich also um eine Verteilungsfrage zwischen den Klassen. Dazu kommt, dass viele der besserverdienenden Beschäftigten wie Steuerberater:innen, Anwält:innen und Staatsbeamt:innen in eigene Rentenkassen und nicht in die allgemeinen Kassen einzahlen und sehr oft privat krankenversichert sind.

Eine Klassenfrage ist auch die Forderung nach härteren und schnelleren Sanktionen beim Bürgergeld. Die Bundesregierung verkündet gerade stolz, dass sie das Bürgergeld wieder in „Grundsicherung“ umbenennen will. Wer angeblich nicht arbeiten will, soll zukünftig ganz schnell keinen Cent mehr vom Staat bekommen. Das sei eine „Frage der Gerechtigkeit“. Dass dadurch bis zu 15 Milliarden Euro eingespart werden könnten, wie es der CDU-Generalsekretär Linnemann vor wenigen Monaten noch verkündete, stellt sich schnell als Unsinn heraus. Denn die Jobcenter selbst schätzen nur eine Zahl von wenigen Tausend Personen als Totalverweigerer (Menschen, die sich auch durch Sanktionen nicht zu Arbeit zwingen lassen) ein. Genauso großer Unsinn ist, dass die „Arbeitenden“ irgendwas davon hätten, wenn eine härtere Gangart gegen Arbeitslose aufgefahren wird.

Erstens können sich auch Menschen, die Jahrzehnte ununterbrochen gearbeitet haben, schnell vor den Türen des Jobcenters wiederfinden. Das gilt momentan ganz besonders, denn in nahezu allen großen Industriebranchen wird gerade Sparprogramm an Sparprogramm gereiht und Zehntausende Jobs abgebaut.

Zweitens gehen härtere Sanktionen und schlechtere Arbeitsbedingungen Hand in Hand. Für die meisten der rund 5,5 Millionen Bürgergeld-Bezieher:innen in Deutschland bedeutet das Jobcenter vor allem ständige Gängelung und sinnlose Beschäftigungstherapie. Aber gerade die verständliche Angst davor, auf Dauer in dieses System zu geraten, sorgt dafür, dass die Unternehmen auch für die schlechtesten Arbeitsplätze noch Arbeitskräfte finden. Dadurch finden aber nicht nur Supermärkte billige Hilfsarbeitskräfte, sondern das gesamte Lohnniveau fällt.

Auf den Reformmarathon mit einem Widerstandsmarathon antworten

Offensichtlich ist, dass es bei weitem keinen ausreichenden Widerstand gegen den Generalangriff auf Sozialstaat, Bildungssystem und Kulturförderung gibt, der momentan im Gange ist. Jedoch gehört auch zur Wahrheit, dass dieser Angriff kein kurzer Vorstoß bleiben wird, der ruckzuck durchs Parlament gewunken wird. Klingbeils Begriff „Reformmarathon“ zeigt ganz treffend an, was uns bevorsteht. Dass solche Angriffe auf unseren Lebensstandard nicht etwa mit einem Schlag, sondern mit einer „Salami-Taktik“ durchgesetzt werden, ist bewährte Praxis im deutschen Staat.

Für uns wiederum heißt das, dass wir eine Phase von mehreren Jahren vor uns haben, in der nicht nur ein neuer Krieg vorbereitet wird, sondern zugleich der Klassenkampf von oben auch in ganz anderen Gebieten schärfer geführt wird.

Ernstzunehmenden Widerstand dagegen können wir aber nur aufbauen, wenn wir die schon geschilderten Spaltungsversuche aushebeln. Und wir müssen den inneren Zusammenhang der verschiedensten Kürzungsmaßnahmen, Beitragserhöhungen und anderen Einschnitte ins Sozialsystem erkennen und ganz klar aufzeigen.

Absehbar ist dabei die besondere Herausforderung, dass beispielsweise auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene gleichzeitig gekürzt wird. Gerade Kommunal- und Landespolitiker:innen reagieren auf Kritik an derartigen Sparmaßnahmen ja immer gerne damit, dass sie von leeren Kassen jammern und beteuern, sie würden gerne anders, können aber nicht, weil die Bundesregierung nicht genug Geld locker mache.

Ebenso wenig ist es überzeugend, wenn über leere Kassen bei der Kranken- oder Rentenversicherung getrennt von allen anderen staatlichen Haushalten diskutiert wird. Es ist ja ohnehin schon eine Tatsache, dass permanent Geld zwischen den verschiedensten staatlichen und öffentlichen Geldtöpfen hin- und hergeschoben wird.

Uns muss aber dementsprechend auch egal sein, ob uns jemand verklickern will, dass die Krankenkassenbeiträge steigen, weil die Krankenkassen oder die Krankenhäuser pleite seien. Genauso ist es vollkommen richtig, anzuprangern, dass einerseits hunderte Milliarden für modernes Kriegsgerät ausgegeben werden und es andererseits in vielen Schulen in Deutschland nicht nur von der Decke tropft, sondern auch chronisch zu wenig Lehrer:innen darin unterrichten. Genau wie es im letzten Monat über 50.000 Schüler:innen bundesweit bei Schulstreiks getan haben.

Knüpfen wir daran an. Machen wir uns bewusst, dass die verschiedensten Kürzungsmaßnahmen ein- und derselben kapitalistischen Logik folgen! Lasst uns Brücken im Kampf gegen die Kürzungspolitik schlagen und gemeinsam Gegenwehr organisieren!

Weiter kämpfen und streiken
gegen Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung

Am 5. Dezember haben zehntausende Jugendliche gezeigt, was sie von dem neuen Wehrdienstgesetz halten. Rund 55.000 Menschen waren an dem Tag bundesweit auf der Straße. Zehntausende Schüler:innen bestreikten dafür den Unterricht. Der Schulstreik hat mehr als klar gemacht, dass viele Jugendlichen nicht bereit sind, sich für die kommenden Kriege der Bundesregierung an die Front schicken zu lassen. Der bundesweite Schulstreik gegen das neue Wehrdienstgesetz war ein Anfang: Ein erster Schritt, der jetzt in langfristige Organisation übergehen muss – Ein Kommentar von Clara Neumann.

Obwohl das neue Gesetz noch am selben Tag beschlossen wurde, war der Schulstreik keine Niederlage. Die bundesweiten Proteste konnten das neue Wehrdienstgesetz zwar nicht verhindern, doch sie konnten deutlich zeigen, wie groß die Wut ist und wie viel Potenzial in der organisierten Jugend steckt. Viele Jugendliche haben durch die Proteste ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass die Wehrpflicht ein direkter Angriff auf ihre Zukunft ist und eng mit geopolitischen Interessen, deutscher Außenpolitik und Militarisierung verbunden ist. Mit dem Streik wurde eine Dynamik angestoßen, die jetzt in dauerhafte Organisierung und kollektives Handeln überführt werden muss.

Fragebögen ab 2026

Ab dem 1. Januar sollen bundesweit an alle 18-Jährigen Fragebögen verschickt werden, in denen abgefragt werden soll, wie gut man eigentlich in der Armee zu gebrauchen ist. Für Männer ist es verpflichtend, sie auszufüllen. Wer diese Fragebögen ausfüllt, liefert dem Staat Informationen über die eigene körperliche Verfassung, Ausbildung und Verfügbarkeit und macht sich somit erfassbar für kommende Musterungen. Wer den Fragebogen nicht ausfüllt und zurückschickt, dem drohen Bußgelder. Gleichzeitig betrifft dieses Gesetz keineswegs nur die 18-Jährigen. Schon jetzt ist vorgesehen, die Musterungen perspektivisch auch auf ältere Jahrgänge auszuweiten: Bis hin zu Personen, die 1993 geboren wurden. Wer heute noch glaubt, nicht betroffen zu sein, könnte morgen schon zur Musterung herangezogen werden. Gegen diese Vorbereitung auf eine neue umfassende Wehrpflicht müssen wir Jugendliche weiter aktiv bleiben.

Ohne Organisierung keine Bewegung

Damit der Schwung des Schulstreiks nicht verpufft, muss der Widerstand gegen die Wehrpflicht fortgesetzt werden. Dafür braucht es Orte und vor allem praktische Formen: Infotische, Anti-Wehrpflicht-Treffen, Vollversammlungen von Schüler:innen an Schulen, Austauschformate in Jugendeinrichtungen und Räume, in denen Jugendliche gemeinsam diskutieren und sich organisieren können. Aus dieser ersten Welle, die am 5. Dezember aufgekommen ist, muss jetzt eine dauerhafte, organisierte Bewegung werden. Die Organisierung muss über einzelne Aktionen hinausgehen. Stattdessen geht es darum, weiter und noch größeren Druck aufzubauen.

Esther Zaim, www.instagram.com/streetsofst.pauli/

Der Kampf geht weiter

Der Schulstreik am 5. Dezember hat gezeigt, dass die Jugend bereit ist laut zu werden und auf die Straße zu gehen. Doch der Kampf gegen die Wehrpflicht ist damit noch lange nicht vorbei. Die nächsten Monate werden entscheiden, ob die Dynamik des Protests genutzt werden kann, oder sich im Sand verlaufen wird. Am 5. März steht der nächste bundesweite Schulstreik an und bis dahin muss die Wut auf das neue Wehrdienstgesetz noch deutlich größer werden. Bis zum 5. März ist für viele das neue Gesetz nichts abstraktes mehr. Viele Jugendliche haben dann vermutlich schon ihre Musterungsbriefe und Fragebögen bekommen, die der Staat ab dem 1. Januar verschicken möchte.

Diese Realität muss genutzt werden, um die Bewegung auszubauen und auszuweiten. Es sollte nicht nur darum gehen, alle paar Monate einmal auf die Straße zu gehen, sondern darum, kontinuierliche Organisation und Räume, in denen diese stattfinden kann, zu schaffen. Diskussionsrunden, Kundgebungen, Infotische und vor allem gemeinsame Planung sind die Grundlage, damit die Bewegung stärker werden und vor allem weiter bestehen kann. Nur wenn die Wut über das neue Wehrdienstgesetz in dauerhafte Organisierung übergeht, kann sie wirklich wirksam werden.

Ausweitung der Proteste anstreben

Um auch diese Schlagkraft einer Jugendbewegung auf der Straße aufrecht zu erhalten, braucht es deswegen auf der einen Seite immer mehr Menschen, die Teil der Proteste werden und auf der anderen Seite mehr Themen, die angesprochen werden. Denn am nächsten Streiktermin Anfang März können wir zwar nicht mehr gegen die Einführung des Wehrdienstgesetzes protestieren – sehr wohl aber gegen die Wehrpflicht an sich und die weiteren Angriffe auf die Arbeiter:innen in Deutschland: Ganz nebenbei führt der deutsche Staat nämlich zum Beispiel neue Polizeigesetze ein und erweitert an vielen Stellen ihre Rechte. Überwachung durch KI-Analyse-Aufnahmen oder sogar die geheime Installation von Staatstrojanern durch die Polizei werden gerade deutschlandweit etabliert. Das ist nicht einfach irgendwie Zufall, sondern diese Mittel dienen auch dem Zweck, konsequenten Protest gegen die Kriegstreiberei einzuschüchtern oder gar zu unterbinden.

Auch Studierende haben mehr als genug Gründe sich anzuschließen: Während die Aufrüstung voran geht, probiert Deutschland gerade noch die eigene Wirtschaft dadurch zu retten, dass Kürzungen im sozialen Bereich stattfinden. Hunderte Millionen wurden in den letzten Wochen an deutschen Unis gekürzt, was zu Entlassungen und Fakultätsschließungen führt.

Jugend streikt

Die Bewegung entfaltet sich aus den Schulen und gegen das Wehrdienstgesetz – aber muss eigentlich noch viel mehr Jugendliche und auch Erwachsene umfassen, die sich gemeinsam und solidarisch gegen die umfassenden Angriffe auf uns alle wenden. Am 5. März muss deswegen die gesamte Arbeit der Regierung ins Visier genommen werden, die uns alle, egal ob Jugendliche oder Erwachsene, probiert für ihre Zwecke auszunutzen. In den kommenden Jahren - so kündigen es die Herrschenden auch immer wieder selber an – sollen neben der Einführung der Wehrpflicht eben noch eine Reihe an Angriffen kommen, die Deutschland in der internationalen Konkurrenz wieder besser da stehen lassen sollen. Militärisch und wirtschaftlich soll umgekrempelt werden – und da ist eine Bewegung der Arbeiter:innenjugend, die von all dem ganz direkt betroffen sein wird, umso notwendiger.

„Unser antifaschistischer Kam

Rechte und faschistische Kräfte werden weiter stärker. Gleichzeitig formiert sich Widerstand dagegen, zum Beispiel am 29. ren. Aber wie muss der antifaschistische Kampf langfristig aussehen, um erfolgreich sein zu können? - Ein Kommentar von M

Über die letzten Jahre und Monate konnten wir einen Wandel der Politik in Deutschland mitverfolgen. Die laufenden Kriegsvorbereitungen und im Zuge dessen vorangetriebene Aufrüstung des Militärs nehmen Priorität ein. An diversen weiteren Stellen, vor allem im sozialen Bereich, wird rabiat gekürzt. Parallel dazu hat die faschistische AfD sich zu einer der stärksten Parteien entwickelt und hat bei den Bundestagswahlen im Februar 2025 den zweiten Platz belegt, aber mit dem größten Zuwachs im Vergleich zu den vorherigen Bundestagswahlen. Vor allem in den meisten östlichen Bundesländern ist sie bereits stärkste Kraft. Auch wenn wir uns Rhetorik und Politik der CDU und der weiteren Parteien im Bundestag anschauen, ist eine Entwicklung weiter nach rechts feststellbar. Zum Beispiel in der Migrationspolitik, wo es mittlerweile normal geworden ist, Abschiebungen im großen Stil zu fordern und diese mit rassistischer Polemik zu untermauern, während verschiedenste Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse ausgeführt werden und unsere Löhne und unser Lebensstandard sinken.

Wir können also einen gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck feststellen. Sowohl politisch als auch ideologisch gewinnen rechte und faschistische Ideen wieder mehr Einfluss, nicht nur in der parlamentarischen Politik, sondern auch in der Bevölkerung generell und auch in unserer Klasse. Um den wachsenden Einfluss der Faschist:innen als Ganzes zu verstehen, reicht es auch nicht, nur den wachsenden Erfolg der AfD zu betrachten. Diese ist der parlamentarische Arm einer insgesamt sehr viel größeren und komplexeren faschistischen Bewegung, die verschiedenste Organisationen, Vereine, Zeitungen und Theorieorgane, Verlage, Vereine und vieles mehr umfasst und deren Einfluss weit bis in den deutschen Staatsapparat, das Militär und Behörden wie die Polizei reicht. Die Politik der verschiedenen Teile der Bewegung unterscheidet sich untereinander auch und kann nicht einfach als homogene Masse verstanden werden. Vielmehr gelingt es den Faschist:innen gerade durch ihre Vielgestaltigkeit, sehr verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Interessen an sich zu binden und diesen scheinbare Lösungen für ihre Probleme anzubieten.

Diese Entwicklungen sind auch nicht auf Deutschland begrenzt. International können wir in verschiedenen Ländern ähnliches beobachten. Seien es die USA oder verschiedenste europäische Staaten, rechte und faschistische Kräfte dominieren mehr und mehr die Politik. Dass dies mit der aktuellen, ebenfalls international feststellbaren Militarisierung einhergeht, ist auch kein Zufall, da nationalistische Ideologie einen Zweck erfüllt, wenn ein Staat sich auf Krieg vorbereitet und damit eben auch die Arbeiter:innenklasse darauf vorbereitet werden soll, für Kapitalinteressen, die objektiv nicht ihre eigenen Interessen sind, an der Front zu sterben.

Für uns ergibt sich daraus nun die Frage, wie man langfristig gegen diese Entwicklungen vorgeht und wie man effektiv Widerstand dagegen organisieren kann.

Proteste in Gießen

Ein gutes Beispiel, wo sich Widerstand gezeigt hat, war am 29. November 2025 in Gießen. Dort hat sich an dem Tag die neue Jugendorganisation der AfD namens „Generation Deutschland“ gegründet. Dieser Schritt ist für die AfD und die faschistische Bewegung allgemein taktisch von größerer Bedeutung. Da auch unter jungen Menschen faschistische Ideologie wieder mehr Anklang findet und mit diesem Schritt eine Organisation geschaffen wurde, die breitere Teile der Jugend ansprechen und so einen Anlaufpunkt schaffen soll, um sie für den Faschismus zu organisieren. So soll auch die eigene Massenbasis und Verankerung in der Bevölkerung, vor allem in der jüngeren Generation, ausgebaut und außerdem neue faschistische Kader:innen gewonnen werden.

Mindestens 40.000 Menschen beteiligten sich an Protesten gegen die Gründung, etwa 15.000 davon nahmen an Blockaden teil, die den Teilnehmern des Gründungskongress den Weg zum Veranstaltungsort, der Hessenhalle, versperren sollten. Und das durchaus erfolgreich: Die Veranstaltung konnte erst mit etwa zweieinhalb Stunden Verspätung starten und viele der Teilnehmer:innen konnten erst noch deutlich später dazu stoßen.

Was an dem Tag erreicht wurde, ist antifaschistischen Widerstand auf den Straßen von Gießen deutlich zu machen. Der Gründungskongress wurde nicht verhindert, woran vor allem die Polizei, die die Proteste teilweise mit massiver Gewalt an der Blockade des Kongresses hinderte, ihren Anteil hatte. Die Proteste und Blockaden haben neben der unmittelbaren Wirkung, dass der Beginn der Veranstaltung verzögert wurde, auch die Bedeutung, dass deutlich gemacht wird, dass antifaschistischer Kampf auf den Straßen geführt wird, dass das Erstarken der faschistischen Bewegung nicht einfach hingenommen wird.

Auch konfrontative und direkte Aktionen wie Blockaden sind ein legitimes Mittel dieses Kampfes und haben ihren Zweck und ihre Berechtigung. Richtig ist aber auch, dass solche Aktionen auf der Straße nicht das einzige Mittel eines langfristigen antifaschistischen Widerstands sein können. Den Kampf auf der Straße zu führen ist richtig, aber um diesen langfristig fortführen und vergrößern zu können, braucht es eine organisierte Bewegung, die auch den ideologischen Kampf gegen den Faschismus, also den Kampf um die Köpfe, mit verschiedensten Mitteln führen kann. Heißt im Endeffekt, dass es kontinuierliche und organisierte Arbeit einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung braucht, um den Kampf gegen den Faschismus kontinuierlich zu führen und mit verschiedenen Mitteln und Organisationsformen zu arbeiten, nicht ausschließlich auf größere Aktionen auf der Straße konzentriert, auch wenn deren Relevanz und Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfen. Gerade bei den Protesten in Gießen haben wir wieder gesehen, dass die Wirkung weit über das Verzögern der Faschist:innen hinausging, sondern in den sozialen Medien bundesweit für größeres Aufsehen gesorgt hat. Das unter anderem auch wegen des dort zu beobachtenden sehr gewaltsamen Vorgehens der Polizei gegen die Aktivist:innen.

Repressionen gegen Antifaschist:innen

Im Kampf gegen den Faschismus kann man sich auf den deutschen Staat nicht verlassen. Deutlich wird das unter anderem an der zunehmenden Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand und der Brutalität der Polizei gegen legitime Protestaktionen. Sowohl auf der Straße selbst als auch vor juristisch vor Gericht werden Repressionen gegen Antifa-

CC BY-SA 4.0 Jonas Ertle https://www.flickr.com/photos/widersetzen/54978688932/

pf hat gerade erst begonnen!“

November in Gießen, als zehntausende Menschen gegen die Neugründung der AfD-Jugendorganisation auf der Straße wa-
Nadia Schuhmann.

schist:innen stärker. Blicken wir nach Düsseldorf. Dort sollen am 13. Januar die Prozesse gegen sechs Angeklagte im sogenannten „Budapest-Komplex“ beginnen. Die Angeklagten sind Antifaschist:innen, die sich im Februar 2023 in Budapest in Ungarn Neonazis in den Weg gestellt haben sollen, die dort waren, um sich am Tag der Ehre zu beteiligen. Dieser Tag ist für Faschist:innen ein Gedenktag und das Zusammenkommen in Budapest zu diesem Anlass ist jährlich eine der größten Veranstaltungen der faschistischen Bewegung in Europa. Dort kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Faschist:innen und Antifaschist:innen. Am 13. Januar soll nun das Hauptverfahren in Düsseldorf beginnen. Die Anklage beinhaltet unter anderem versuchten Mord, was ein konstruierter Vorwurf in einem politisch motivierten Verfahren ist, das letztlich auch dem Zweck dienen soll, die antifaschistische Bewegung als Ganzes zu diskreditieren.

Am 26. September 2025 wurde bereits Hanna S., die ebenfalls im Budapest-Komplex angeklagt war, vom OLG München zu fünf Jahren Haft wegen schwerer Körperverletzung verurteilt. Die nicht-binäre Person Maja T., ebenfalls angeklagt im Budapest Komplex, wurde im Juli 2024 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Ungarn ausgeliefert, wo Maja seitdem in Isolationshaft sitzt. Das Bundesverfassungsgericht hatte Majas Auslieferung, die eher einer Entführung gleichkam, als verfassungswidrig eingestuft, was aber bisher nicht dazu geführt hat, dass Maja nach Deutschland zurückgeholt wurde, sondern in Ungarn weiterhin extrem schlechten Haftbedingungen ausgesetzt ist. Der Prozess gegen Maja begann bereits im Februar 2025 in Budapest und wurde zwischenzeitlich unterbrochen aufgrund eines Hungerstreiks, der über 40 Tage dauerte und sich gegen die schlechten Haftbedingungen sowie den politischen Schauprozess richtete, dem Maja als antifaschistische, nicht-binäre Person im faschistisch regierten Ungarn ausgesetzt ist. Im Januar 2025 soll voraussichtlich ein Urteil gegen Maja gesprochen werden. Es drohen bis zu 24 Jahre Haft. Der Prozess dient also vor allem, um ein Exempel zu statuieren und so von antifaschistischem Widerstand abzuschrecken.

Zaid A. gehört ebenfalls zu den im Budapest-Komplex Beschuldigten. Anders als die anderen Angeklagten hat Zaid keine deutsche Staatsbürgerschaft und da die Tat, die ihm vorgeworfen wird auch nicht in Deutschland passiert ist, wurde bisher in Deutschland keine Anklage gegen ihn erhoben. Allerdings droht auch ihm die Auslieferung nach Ungarn. Aktuell läuft ein Prozess vor einem französischen Gericht, das darüber entscheiden soll, ob Zaid ausgeliefert wird oder nicht.

Die Kriminalisierung von Antifaschist:innen und politisch motivierte Prozessführung sowohl in Ungarn als auch in Deutschland soll der Abschreckung von militantem antifaschistischem Widerstand dienen. Wichtig ist, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern gemeinsam gegen die Repressionen zu stehen. Nicht nur für die einzelnen angeklagten Personen, sondern auch für die ganze antifaschistische Bewegung. Staatliche Repressionen treffen meist ein paar einzelne Personen, gemeint sind aber eigentlich alle. Solidarität zu zeigen und auch praktisch werden zu lassen, ist eine sehr politische Aufgabe. Und langfristig außerdem maßgeblich entscheidend über den Erfolg oder Misserfolg im antifaschistischen Kampf.

Wie weiter?

Was erst einmal Voraussetzung für langfristigen antifaschistischen Widerstand ist, ist sich nicht entmutigen zu lassen. Weder von der zunehmenden Gewalt der Polizei und der Faschist:innen selbst auf der Straße, noch von härteren juristischen Repressionen. Eine Bewegung, die in Einheit und Solidarität zusammensteht, kann auch durch Repressionen nicht gebrochen werden. Um diese Bewegung aufzubauen, ist es erforderlich, dass mehr Menschen, die nicht einfach zusehen wollen wie Faschist:innen in Deutschland wieder stärker werden, sich organisieren und aktiv dazu beitragen, das zu verhindern. Heute hat unser antifaschistischer Kampf gerade erst begonnen. Langfristig braucht es eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung, die nicht nur antifaschistisch ist, sondern weitergehend den Kampf gegen den Faschismus in den notwendigen Gesamtkontext einordnen kann: In den Zusammenhang zwischen dem neuen Erstarken faschistischer Kräfte, den Kriegsvorbereitungen und dem Kapitalismus selbst als Wurzel beider Entwicklungen.

Das Jahr 2026 hat gerade erst begonnen. Auch dieses Jahr werden die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sich fortsetzen, auch dieses Jahr müssen wir weiter gegen den Rechtsruck aktiv bleiben. Denn die Faschist:innen werden genauso weiter versuchen, die ebenfalls weiter zunehmenden Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse für sich zu nutzen, was zum Beispiel schon zu sehen war bei den Protesten gegen die Wehrpflicht Anfang Dezember. Das wird sich bei den angekündigten Sozialstaatsreformen fortsetzen. Oder auch bei der zunehmenden Gewalt gegen Frauen, die faschistische Kräfte für ihre rassistische Hetze gegen Migrant:innen nutzen, ohne selbst Interesse daran zu haben, Gewalt gegen Frauen tatsächlich zu bekämpfen.

Das Aktionsbündnis Widersetzen hat schon angekündigt, im Juli wieder gegen den AfD-Parteitag in Erfurt zu mobilisieren. Und daran sollten wir uns auch wieder beteiligen. Aber das darf nicht heißen, bis dahin abzuwarten. Wenn wir wollen, dass die Blockaden kein leerer Aktivismus werden, gibt es bis dahin viel zu tun. Überlegen wir, wo wir im Kleinen ansetzen können. Wo wir mit unseren Freund:innen, Familie, Nachbar:innen und Kolleg:innen ins Gespräch kommen können, den gesellschaftlichen Rechtsruck nicht unkommentiert lassen. An den Blockaden gegen die Parteitage teilzunehmen ist richtig, aber bei weitem nicht die einzige Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten.

Das System, in dem wir leben, führt schnell zu Vereinzelung, zu viel Frust über die sich verschlechternden Lebensumstände, die sinkenden Löhne und noch so vieles mehr. Aber richten wir berechtigte Wut nicht gegen andere Menschen unserer Klasse. Dort wo Bewusstsein dafür geschaffen wird, dass diese Entwicklungen durch den Kapitalismus verursacht werden und die wahren Profiteure unsere Chefs, die Konzernbesitzer:innen und Kapitalist:innen sind und wir uns mit den Menschen unserer Klasse zusammentun müssen, statt uns spalten zu lassen, dort verlieren Sündenböcke, Desinformationen und künstlich geschürte Feindseligkeit ihre Wirkung. Dort wo wir mit Menschen reden können, solidarisch sind und uns zusammentun, wird rechten und faschistischen Kräften ein Stück möglicher Einflusssphäre genommen.

Privatsphäre adé:

Chat-Kontrolle und Vorratsdatenspeicherung in der EU

Entschlüsselt, gesammelt und ausgewertet – die Massenüberwachung wird immer umfassender. Auf EU-Ebene und in den Nationalstaaten verdichten sich die Vernetzungen, während Videoüberwachung zunehmend mit polizeilichen Datenbanken verknüpft wird. Überwachung durchdringt immer mehr Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. - Ein Kommentar von Aziza Mounir.

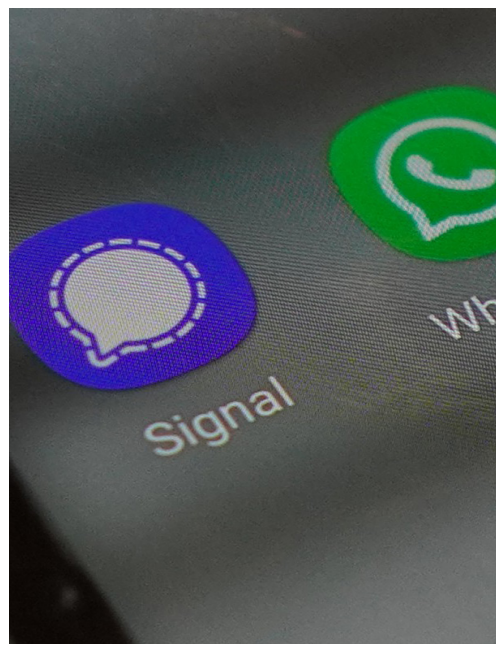
Ende-zu-Ende-verschlüsselt. Diese Information steht beim Messenger-Dienst WhatsApp zu Beginn einer neuen Unterhaltung im Chat. So eine Form der Verschlüsselung bedeutet, dass nur die Endnutzer, also Sender und Empfänger, die Nachricht unverschlüsselt lesen können. Weder der Betreiber noch Behörden können – ohne weitere Mühen – die Nachrichten mitlesen. Bei manchen Messenger-Diensten ist es technologisch auch nicht möglich. Signal beispielsweise kann nicht auf die Entschlüsselung zugreifen, die notwendig wäre, um die verschlüsselten Nachrichten zu lesen, selbst wenn sie das wollten. Doch genau das will die EU mit allen Mitteln ändern.

Schlechter Empfang bei der EU-Chat-Kontrolle

Die Einführung einer sogenannten Chat-Kontrolle würde die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung technologisch und politisch verbieten. Eine entsprechende EU-Verordnung zur Chat-Kontrolle wird seit mehr als drei Jahren diskutiert. 2022 hat die EU-Kommission eine Verordnung vorgelegt, die zum Schutz von Kindern dienen soll. Im Rahmen dieser Verordnung sollen Nachrichten, Fotos, Videos und Audiodateien automatisch – also bei jeder Nachricht – nach entsprechenden Inhalten vom Anbieter selber kontrolliert werden.

Große Kritik an der Verordnung gab es schnell. Missbrauch und Gewalt gegen Kinder nehmen im digitalen Raum immer mehr zu, weshalb der Schutz von Kindern keinen Dissens darstellte. Kritiker:innen stellen jedoch die Effizienz dieser Schutzmaßnahme infrage. Die Dateien sollen anhand einer KI überprüft werden. Jedoch stößt auch KI-Technologie an ihre Grenzen. Falsch-positive Ergebnisse sind nicht vermeidbar. Textnachrichten, Fotos und Videos sind mehrdeutig und kontextabhängig, auch KI-Technologien können schädliches von nicht schädlichem Material nicht ausreichend unterscheiden. Perspektivisch kann diese Maßnahme außerdem auf alle möglichen Bereiche ausgeweitet werden.

Das EU-Parlament lehnte die Verordnung vor eineinhalb Jahren ab, da eine „Ausgewogenheit zwischen der Notwendigkeit, sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet zu bekämpfen, und der Vermeidung einer allgemeinen Überwachung des Internets“ gegeben sein müsse. Im Oktober 2025 sollte nun der EU-Rat als drittes Organ der europäischen Legislative über die Verordnung entscheiden. Zwar stimmte er gegen die verpflichtende Kontrolle. Jedoch wurde der Kompromiss verabschiedet, dass Anbieter freiwillig ihre Nutzer:innen ausspionieren und dies bei Bedarf an Behörden melden können.



Die drei EU-Institutionen verhandeln nun weiter über die Verordnung. Positionen der einzelnen Gremien werden zusammengeführt und über einen Kompromiss im EU-Parlament und im Rat abgestimmt.

Diskussionspunkt in der Umsetzung ist die Planung einer neuen EU-Agentur. Sie soll mit einer eigenen Datenbank als Schnittstelle zwischen den nationalen Behörden und Europol fungieren. Eine solche Behörde gibt es in den USA bereits. Das NCMEC (National Center for Missing and Exploited Children, auf Deutsch: Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder) scannt Cloud-Dateien von Konzernen wie Amazon und Google auf verdächtige Inhalte. Die relevanten Informationen werden vom NCMEC an die Behörden des Landes des Urhebers weitergeleitet. Somit hat die US-Organisation bereits Zugriff auf Informationen von Nutzer:innen weltweit. Die EU ist daher auf Informationen aus den USA angewiesen.

Anlasslose Speicherung von Daten

Ein weiteres Herzensprojekt der Massenüberwachung in der EU aus dem letzten Jahrzehnt ist die Vorratsdatenspeicherung. Bereits 2014 wurde der Versuch einer entsprechenden Gesetzgebung vom Europäischen Gerichtshof gestoppt. Die Richter waren der Auffassung, dass die Vorratsdatenspeicherung gegen die Grundrechte verstoße und einen zu schwerwiegenden Eingriff darstelle.

Bei der Vorratsdatenspeicherung werden Daten anlasslos gespeichert. Geplant ist, sämtliche Verbindungsdaten von den Anbietern zu sammeln und sie bei Bedarf von Behörden abrufen zu lassen. Verschiede EU-Staaten gehen bei ihren Forderungen verschieden weit: Wer hat von wo und wie lange telefoniert? Welche E-Mails wurden mit welchen IP-Adressen verschickt?

Ein weiterer Knackpunkt ist die Länge der Speicherung. Auch hier sind sich die Staaten uneinig. Auch wenn laut BKA eine Speicherung von zwei bis drei Wochen ausreichend wäre, fordert der Gesetzesentwurf mindestens sechs Monate. Die Bundesregierung will mit einem deutschen Gesetz vorpreschen und im nationalen Rahmen zukünftig anlasslos alle IP-Adressen drei Monate speichern.

Ein Netz der Überwachung

Zwei unterschiedliche Gesetze, aber mit ähnlicher Funktion: Beide stellen einen großen Schritt in Richtung Massenüberwachung dar und legen politische wie technische Grundlagen für weitere Überwachungsmaßnahmen, die künftig einfach umgesetzt werden können.

Sobald die technologischen Möglichkeiten geschaffen sind, über die Chatkontrolle Dateien auf Missbrauchsinhalte zu durchsuchen, ist der Suchinhalt, bei dem Alarm ausgelöst wird, austauschbar. Kritische Journalist:innen oder politische Aktivist:innen können so mühelos staatlich überwacht werden. Verschiedene Staaten nutzen diese digitale Kontrolle bereits, um systemkritische Bewegungen frühzeitig zu unterdrücken.

Die Pläne der EU-Kommission zu weiterer Überwachung und anlassloser Datenspeicherung wiegen umso schwerer, wenn man bedenkt, dass diese Daten letztlich beim US-Unternehmen Palantir landen könnten. Die Palantir-Software „Gotham“ ist in der Lage, Daten von Millionen Menschen aus unterschiedlichen Quellen auszuwerten und miteinander zu verknüpfen. Audio-, Video- und Satellitenaufnahmen können innerhalb von Sekunden analysiert und mit polizeilichen Datenbanken abgeglichen werden.

Kommen zu Messenger-Daten zusätzlich Informationen aus der Vorratsdatenspeicherung wie Standort- und Verkehrsdaten hinzu, gleichen die Datenabfragen einer nie dagewesenen Form der Personenkontrolle. Eingesetzt wird die Software bereits in Hessen, NRW und Bayern. In Baden-Württemberg und Berlin wurden entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen.

In NRW, Hamburg und Baden-Württemberg wird zusätzlich die Videoüberwachung im öffentlichen Raum stetig ausgeweitet. Dabei entstehen weitere Daten, mit denen Palantir gefüttert werden kann.

Diese innenpolitischen Entwicklungen gehen Hand in Hand mit der ausgerufenen „Zeitenwende“. Innere und äußere Aufrüstung, Wehrpflicht und Einsparungen im sozialen Bereich zugunsten von Kriegsausgaben zeigen: Die Vorbereitungen auf militärische Konflikte laufen. Entsprechend werden auch Maßnahmen vorbereitet, um auch Kriegsgegner:innen und Unruhe an der „Heimatfront“ zu bekämpfen.

Das Scheitern der Reformregierungen

In den 2000er Jahren übernahmen in Lateinamerika mehrere Regierungen mit sozialistischem Anspruch die Macht. Sie drängten den Einfluss der USA in der Region zurück und verbesserten die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Auf den Aufbruch folgte der Niedergang. Welche Lehren können wir daraus ziehen? Von Thomas Stark.

In drückender Hitze warteten tausende Jugendliche aus aller Welt auf die Rede eines Präsidenten. Im August 2005 wurde Hugo Chávez vor allem von seinen venezolanischen Anhänger:innen wie ein Rockstar gefeiert, als er in Caracas die 16. Weltfestspiele eröffnete. Venezuela wurde damals weltweit von antiimperialistischen Kräften mit großem Interesse beobachtet: Denn Chávez hatte ab 1999 eine „bolivarianische Revolution" ausgerufen (benannt nach dem Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar), eine neue Verfassung verabschieden lassen und umfangreiche Sozial- und Bildungsprogramme gestartet. Die Regierung drängte den Zugriff von US-Konzernen auf die Ölreserven des Landes zurück und nutzte diese stattdessen, um Fidel Castro in Kuba unter die Arme zu greifen. Dieser schickte im Gegenzug Ärzt:innen in die venezolanischen Barrios.

Chávez hatte 2005 bereits eine Wiederwahl, einen Militärputsch, einen von Unternehmern initiierten Generalstreik und eine versuchte Abwahl hinter sich und war immer noch im Amt. Nur wenige lateinamerikanische Regierungen, die die USA herausgefordert hatten, waren so weit gekommen. In den nächsten Jahren kamen mit Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador und in weiteren Ländern Regierungen an die Macht, die einen ähnlichen Kurs einschlugen und sich im regionalen Bündnis ALBA (Bolivarianische Allianz für Amerika) zusammenschlossen. Mehr als zwanzig Jahre später ist von diesem Aufbruch nicht mehr viel übrig: Die „Bewegung zum Sozialismus" (MAS) von Evo Morales in Bolivien wurde 2025 abgewählt, nachdem er selbst schon 2019 weggeputscht worden war. Kuba befindet sich in einer schweren Krise. Venezuela liegt seit langem wirtschaftlich am Boden. Über acht Millionen Menschen haben seit 2017 das Land verlassen, das politische Bündnis hinter Chávez ist unter seinem Nachfolger Nicolás Maduro zerfallen. Inzwischen haben die USA Teile ihrer Marine vor der Küste des Landes zusammengezogen und drohen mit Krieg.

Der Aufstieg und Niedergang dieser Regierungen hängt weniger an den handelnden Personen. Chávez' früher Krebstod im März 2013 war zwar ein Schlag für die antiimperialistischen Kräfte in der Region, erklärt aber ebenso wenig die politische Entwicklung wie die persönliche Fehde zwischen Evo Morales und seinem Parteifreund und Nachfolger Luis Arce, die der Abwahl der MAS vorausging. Die Prozesse scheiterten vielmehr an ihrer reformistischen Begrenzung.

Volksaufstände und Reformen

Sowohl in Venezuela als auch in Bolivien waren dem Regierungsantritt linker Parteien jahrelange soziale Kämpfe vorausgegangen. In Venezuela hatte sich die Bevölkerung 1989 in einem Aufstand („Caracazo") gegen eine vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordnete kapitalfreundliche Reformpolitik und die damit verbundenen sozialen Angriffe erhoben. In Bolivien stürzte die Bevölkerung in den Jahren 2003 und 2005 zwei Präsidenten, die die Öl- und Gasvorkommen des Landes an die USA verscherbeln wollten.

Hugo Chávez und Evo Morales bildeten sich unter den verschiedenen Bedingungen ihrer Länder als die politischen Führer heraus, die große Teile der arbeitenden Bevölkerung hinter sich versammeln konnten. Beide strebten trotz sozialistischer Rhetorik keine Revolutionen im Sinne einer Zerschlagung ihrer Staaten und der konsequenten Entmachtung der herrschenden Klasse an, sondern die Umwandlung von Staat und Wirtschaft auf dem Weg von Reformen im Rahmen geordneter parlamentarischer Prozesse. Eine neue Verfassung Boliviens z. B. stärkte die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen. Wirtschaftlich bestand die Politik in beiden Ländern darin, die Einnahmen aus teilweise verstaatlichten Öl- und Gasvorkommen in die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung zu stecken.

Die Grenzen wirtschaftlicher Reformen

Diese Modelle funktionierten so lange, wie die Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf sprudelten. Dies änderte sich in Venezuela 2012/13 mit dem Einbruch des Ölpreises auf dem Weltmarkt. Bereits Chávez hatte Teile der Öleinnahmen verpfändet, um Kredite aus Russland und China zu bedienen, bei denen die Regierung Konsumgüter und - im Falle Russlands - Waffen kaufte. Als die Öleinnahmen einbrachen, konnte sein Nachfolger Maduro Importe und Sozialprogramme nicht mehr bezahlen, was durch Korruption und massive US-Sanktionen verschärft wurde.

In Bolivien hatte die Regierung zwar in die Infrastruktur investiert und versucht, das Lithium des Landes zum Aufbau einer eigenen Batterieproduktion zu nutzen. Dabei wurde sie jedoch von ihren deutschen Kooperationspartnern hingehalten, das Projekt scheiterte. Ansonsten schaffte auch Evo Morales es nicht, die Abhängigkeit des Landes von Rohstoffexporten wirksam zu reduzieren: 2019 machten diese immer noch ein Drittel der Staatseinnahmen aus. 80 Prozent der Öl- und Gasförderung Boliviens wurden trotz einer Verstaatlichung im Jahr 2006 weiterhin von internationalen Konzernen kontrolliert. Das Militär blieb in Bolivien unangetastet und putschte 2019. In Venezuela blieb das Militär auch unangetastet, Chávez stellte aber Milizen aus der Bevölkerung als Gegengewicht auf.

Sozialismus geht nur konsequent

Eine wirkliche sozialistische Umwälzung muss mehr beinhalten als die Verteilung von Staatseinnahmen. Die Regierungen in Venezuela und Bolivien haben sich zentralen Fragen wie der Entwicklung einer breiten wirtschaftlichen Basis in ihren Ländern zwar genähert, konnten diese jedoch nicht lösen: Denn der Versuch, dies in Zusammenarbeit mit imperialistischen Ländern zu tun, war zum Scheitern verurteilt, was auch für Russland und China gilt.

Die Abhängigkeit eines Landes vom Imperialismus zu beseitigen ist eine ungeheuer komplizierte Aufgabe und ohne weitreichende Verstaatlichungen, die Nutzung aller inneren Ressourcen und die dauerhafte Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung nicht zu bewerkstelligen. Dafür benötigt es aber einen Staat, der von der Aktivität weiter Bevölkerungsteile getragen ist und die alten Eliten hinauswirft. Dies wurde in keinem Land in Lateinamerika konsequent gemacht. Bei den dortigen Aufständen gab es auch immer wieder revolutionäre Ansätze wie z. B. spontan entstehende Rätestrukturen, die jedoch zugunsten des parlamentarischen Weges nicht weiter verfolgt wurden. Die Erfahrungen, die in Venezuela, Bolivien und anderen Ländern gemacht wurden, sind nichtsdestotrotz für zukünftige antiimperialistische Kämpfe in jedem Fall von großem Wert.

Ein Jahr Trump- und Big-Tech-Allianz – Massenüberwachung, Zensur und Rechtsruck

Mit Donald Trumps zweiter Amtszeit hat sich eine Allianz zwischen der MAGA-Rechten und Big Tech gebildet. Diese hat massive Auswirkungen auf den Staatsumbau in den USA, auf die Meinungsfreiheit international und auf die Stärkung internationaler faschistischer Netzwerke. – Ein Kommentar von Felix Zinke.

Es ist der 20. Januar 2025. Donald Trump wird zum zweiten Mal als Präsident der USA vereidigt, und in der ersten Reihe stehen die Bosse der US-Tech-Konzerne: Tim Cook (Apple), Jeff Bezos (Amazon), Mark Zuckerberg (Meta), Sundar Pichai (Google), Shou Zi Chew (TikTok), Sam Altman (OpenAI), Dara Khosrowshahi (Uber) und Elon Musk (X, SpaceX, Tesla).

Dies war der Beginn einer neuen Allianz, die während der ersten Amtszeit Trumps noch unwahrscheinlich erschien: Die großen Tech-Konzerne, die mittlerweile sowohl unser Privat- als auch Arbeitsleben bestimmen, haben sich mit der faschistischen MAGA-Bewegung um Trump verbündet. Dieses Bündnis wurde dann auch direkt zu Beginn von Trumps neuer Regierung mit einem 500-Milliarden-Dollar-Investment in die KI-Entwicklung der Big-Tech-Konzerne besiegelt.

Die Tech-Bosse gehören heute zu den reichsten und mächtigsten Menschen auf dem Planeten. Sie bestimmen durch ihre Social-Media-Algorithmen und die Entscheidungsfreiheit, wer eine Plattform bekommt, was wir sehen und hören können. Erst recht bei den jüngeren Generationen sind TikTok, Instagram und Co. zur zentralen Nachrichtenplattform geworden. Dies beschränkt sich auch nicht nur auf die USA, sondern hat weltweite Auswirkungen. Vor allem linker, antikapitalistischer und antifaschistischer Content wird dabei sehr stark von den Plattformen zensiert, während faschistischer Content stärker gepusht wird. Dazu hat sich zwar auf den Social-Media-Plattformen

eine neue Kultur der Selbstzensur entwickelt, um trotzdem noch an den Algorithmen vorbei zu kommunizieren, doch diese befindet sich in einem ständigen Katz-und-Maus-Spiel mit den Plattformen.

Big Tech unterstützt den Faschismus

Zudem stützt Big Tech die internationale Vernetzung von faschistischen Kräften. Am meisten sticht hierbei Elon Musks offene Unterstützung der AfD heraus, deren Wahlkampf er Anfang letzten Jahres mitfinanziert und auf X gepusht hat. Diese internationale faschistische Allianz zeigt sich auch in der neuen Ausrichtung der US-National-Security-Strategie, in welcher die Trump-Administration offen faschistische Kräfte in Europa unterstützen möchte, um die EU zu zerbrechen und den US-Einfluss auf Europa wieder erhöhen zu können.

Doch neben der Allianz mit faschistischen Kräften europa- und weltweit hat die Trump-Administration die Tech-Giganten in den eigenen Staatsumbau einbezogen. Ein Beispiel ist das Unternehmen Palantir. Diese Firma spezialisiert sich auf KI-gestützte Massenüberwachung und Waffenproduktion. Palantir selbst hat das Ziel, das Betriebssystem der USA zu werden. Diese Zielsetzung wird dabei in einzelnen Schritten ausgeführt. Beispielsweise stellt Palantir das Betriebssystem „ImmigrationOS“, das von der US-Behörde ICE verwendet wird, um mit KI-Unterstützung Migrant:innen in den USA zu jagen, zu entführen und abschieben zu lassen. Auch Palantir bleibt dabei nicht auf die USA beschränkt. In einigen deutschen Bundesländern wird seine Software bereits verwendet und aktuell für die bundesweite Nutzung in Erwägung gezogen.

Die Bilanz nach einem Jahr der Allianz zwischen Trump und Big Tech ist dementsprechend auch düster. Sei es die Social-Media-Zensur international, der Fortschritt in der Überwachungstechnologie oder auch die massiven Investitionen in KI, die mittlerweile in jeden Bereich unseres Lebens dringt. Die Bundesregierung und die EU distanzieren sich zwar in Worten von dieser Entwicklung, gehen in der Sache mit Gesetzesverschärfungen bei der digitalen Überwachung aber in genau dieselbe Richtung. Wie weit die Allianz von Regierungen und Technologieunternehmen ihre Ziele umsetzen können, hängt jedoch von der Gegenwehr der Bevölkerung ab – in den USA und Europa.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

https://perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LlK2N

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
https://t.me/perspektiveon

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

https://perspektive-online.net/app

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“: https://perspektive-online.net/print-abo
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“: https://perspektive-online.net/verein
- **Unterstütze uns** mit einer Spende: https://perspektive-online.net/spenden